

## „Keine Wohltaten – besseres Recht“.<sup>1</sup> Ernst Abbe als Wissenschaftler, Unternehmer und Stifter

„Jede politische Partei sehen wir vor die Alternative gestellt: Entweder sie leugnet, daß in unseren wirtschaftlichen Einrichtungen und sozialen Zuständen ernstliche Übel überhaupt vorhanden seien, sie behauptet, alles sei der Hauptsache nach in bester Ordnung und deshalb liege zu Verbesserungen und Reformen Anlaß gar nicht vor, oder sie erkennt solche Übel als wirklich vorhanden an – damit aber auch die Verpflichtung, positiv mitzuarbeiten zu ihrer Beseitigung auf dem Weg gesetzlicher Reformen, unbekümmert darum, von welcher Seite dabei Bundesgenossen zu finden man hoffen oder fürchten mag.“<sup>2</sup>

Mit diesen Worten wandte sich der aus Jena stammende Ernst Abbe (1840-1905), ein erfolgreicher Unternehmer und ein zu seiner Zeit vielfach unworbener Naturwissenschaftler in einem als höchst politisch empfundenen Vortrag, den er am 7. März 1894 vor dem Freisinnigen Verein Jena hielt, an die Öffentlichkeit seiner Universitätsstadt.

Abbe verstand sich als Liberaler und neigte dem Freisinn zu. Er trat immer für Reformen ein und sah sich nicht als jemand, der vor allem seine Privilegien verteidigte. In seinem Bekenntnis zum Liberalismus spiegelt sich die Vielschichtigkeit des 19. Jahrhunderts, das häufig als „Ursprung der Moderne“ apostrophiert wird. In der Tat sind viele politische Programme und Ideologien, aber auch politische Verhaltensweisen im 19. Jahrhundert in der politischen Auseinandersetzung um Konstitutionalismus und Parlamentarismus, um Selbstverwaltung und Repräsentation, um Interessenvertretung und Gemeinwohlorientierung entwickelt worden. Die Bürger begriffen sich nicht mehr als Untertanen, sondern als Bürger.

- 1 Ernst Abbe: Welche soziale Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen? B. Arbeiterschutz. Rede gehalten am 21. März 1894 im Freisinnigen Verein zu Jena, in: Ders.: Vorträge, Reden und Schriften sozialpolitischen und verwandten Inhalts. 2. unveränderte Auflage. Jena 1921, S. 54. Vgl. zum gesamten Artikel auch: Sebastian Demel: Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft. Ernst Abbe und die Carl Zeiss-Stiftung im deutschen Kaiserreich. Göttingen 2014.
- 2 Ernst Abbe: Welche soziale Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen? A. Steuersystem. Rede gehalten am 7. März 1894 im Freisinnigen Verein zu Jena. In: ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 2.

In folgendem Beitrag soll versucht werden, beispielhaft an Ernst Abbe seinen Veränderungswillen und einen selbst geschaffenen Gestaltungsrahmen eines selbstbewussten Liberalen des 19. Jahrhunderts auszuleuchten, der eine nachhaltige Wirkung erzielte, weil er seinen Privatbesitz weitgehend in eine gesellschaftliche, kulturelle und politische Akzente setzende Stiftung einbrachte und diese nutzte, um über seinen Tod hinaus Einfluss auszuüben. So wird an Abbes Lebens- und Erfolgsgeschichte deutlich, wie er nach seinem Durchbruch als Wissenschaftler seinen unternehmerischen Erfolg nutzte, um mit Hilfe einer Stiftung nachhaltig zu wirken und politische und gesellschaftliche Grundsätze zu vertreten, die sich aus der Überzeugung erklären, die Zukunft zu prägen. Abbe setzte mit Hilfe einer Stiftung seine Überzeugungen durch und sicherte die Stiftungsziele auf eine Weise ab, die erklärt, weshalb sich die Carl Zeiss-Stiftung bis in die Gegenwart behaupten konnte.<sup>3</sup>

Zu den Persönlichkeiten, die dem 19. Jahrhundert Richtung und Kontur geben konnten, zählten in einem Maß wie niemals zuvor Wissenschaftler, die sich zugleich als Forscher und Unternehmer profilierten. Manche von ihnen machten sich – wie Ernst Abbe – zugleich einen Namen als Mäzene und Stifter. Abbe hatte mit zwei Partnern, mit Carl Zeiss und Otto Schott, in Jena zwei Unternehmen gegründet, die den Fortschritt der Optik und Glastechnologie verbanden und innerhalb weniger Jahre zu Weltmarktführern wurden. Gemeinsam gingen die drei Unternehmer aber nicht nur wissenschaftlich, unternehmerisch und technologisch neue Wege,<sup>4</sup> sondern sie entwickelten – mit Abbe als Impulsgeber – ein Stiftungsmodell, das den Anspruch verband, fortschreitende Bildung und wissenschaftliche Erkenntnis mit dem liberalen Konzept der Selbstverantwortung zu kombinieren.

Eindeutig war das Bild, das sich die Nachwelt von Abbe machte, allerdings nie. Im NS-Staat galt er als einer der frühen Protagonisten der Volksgemeinschaftsideologie.<sup>5</sup> In der DDR hingegen wurde er als Unternehmer geschmäht, aber dennoch als Wissenschaftler gewürdigt,<sup>6</sup> der als „Helfer der Menschheit“

- 3 Vgl. Werner Plumpe (Hrsg.): Eine Vision – zwei Unternehmen. 125 Jahre Carl- Zeiss-Stiftung. München 2014.
- 4 Friedrich Schomerus: Geschichte des Jenaer Zeisswerkes 1846-1946. Stuttgart 1952. Edith Hellmuth/Wolfgang Mühlfriedel: Zeiss 1846-1905. Vom Atelier für Mechanik zum führenden Unternehmen des optischen Gerätebaus. Köln,/Weimar 1996. Jürgen Steiner/Uta Hoff: Vom Versuchslaboratorium zum Weltunternehmen. Das Jenaer Glaswerk 1884-1934 In: Jürgen John/Volker Wahl (Hrsg.): Zwischen Konvention und Avantgarde. Doppelstadt Jena-Weimar. Köln, Weimar 1995, S. 209-232. Jürgen Steiner: Otto Schott – Wissenschaftler, Technologe, Unternehmer mit gesellschaftlicher Verantwortung. Biographische Facetten zum 150. Geburtstag. In: Jenaer Jahrbuch zur Technik- und Industriegeschichte 3 (2001), S. 7-26.
- 5 Vgl. Rüdiger Stutz: "Das Wunder von Jena". Zur Deutung des Abbeschen Stiftungswerks in der Zwischenkriegszeit. In: Jürgen John/Justus H. Ulbricht (Hrsg.): Jena. Ein nationaler Erinnerungsort? Köln u.a 2007, S. 507 f.
- 6 Monika Gibas: Das Abbe-Bild in der DDR. Deutungskonkurrenzen und Deutungsvarianten in einer reglementierten Geschichtskultur. In: John/Ulbricht: Jena (wie Anm. 5), S. 530-545.

sogar auf einer Sonderbriefmarke des SED-Staates gewürdigt wurde. Im Westen Deutschlands wurde Abbe hingegen vor allem als Begründer eines Unternehmens – der Zeiss- und Schott-Werke – und eines Stiftungsmodells gewürdigt, das alle Systemumbrüche überstand und durch die Verbindung von optischer sowie glaschemischer Hochleistungstechnologie den Bestand zweier Unternehmen nicht zuletzt durch die Stiftungskonstruktion gesichert hatte.<sup>7</sup> Abbe setzte dabei voraus, dass seine Vorausverfügung – denn darum handelt es sich bei einer Stiftung – über den Tod der Stifter hinaus Bestand hatte. Deshalb hat man Stiftungen zutreffend als „Herrschaft der Toten über die Lebenden“ bezeichnet.<sup>8</sup>

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die Anfangsphase von Abbes Überlegungen und deutet sie als Folge seiner Auseinandersetzung mit den politisch-kulturellen und verfassungsgeschichtlichen Strukturen des deutschen Kaiserreichs, das immer wieder als Obrigkeitsstaat gedeutet wurde und zugleich zivilgesellschaftliche Kernelemente enthielt, die in die Zukunft wiesen. Es zeigt sich dabei, auf welche Weise Angehörige des liberalen Bürgertums im wilhelminischen Kaiserreich Spielräume entwickeln konnten, wenn sich Unternehmernessen mit einer Vision verband, die Voraussetzung des Willens zur kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Veränderung ist. Dies hat Thomas Nipperdey angedeutet. In seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts erwähnt er die Zusammenarbeit des Physikers Ernst Abbe, des Mechanikers und Apparatebauers Carl Zeiss und des Glasmachers Otto Schott als gelungenes Beispiel für das „Zusammenwirken von Wissenschaft und Technologie“ und stellt Abbe in eine Reihe mit Carl Duisberg und Carl Bosch als Unternehmer, die zugleich Wissenschaftler waren.<sup>9</sup>

Wenn Abbe dem Historiker Nipperdey dazu diente, die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen zu illustrieren, so verweist dieser nicht nur auf Abbes wissenschaftliche Leistungen, sondern zugleich auf dessen sozialpolitisches Engagement, das in den Bemühungen um eine konstitutionelle Betriebsverfassung als vorbildlich beschrieben wird: „Die Arbeitnehmer waren am Unternehmen und am Gewinn beteiligt, es hatte die Form einer Stiftung. Der entscheidende Punkt ist, daß es sich nicht mehr um Einrichtungen eines betrieb-

7 Walter Bauersfeld: Ernst Abbe. In: Hermann Heimpel/Theodor Heuss/Benno Reifenberg (Hrsg.): Die Großen Deutschen. Deutsche Biographie Bd. 3: Von Georg Wilhelm Friedrich Hegel bis Friedrich Nietzsche. Berlin 1956, S. 562-571 vgl. auch Theodor Heuss: Art. „Abbe“. In: Neue Deutsche Biographie. Band 1. Berlin 1953, S. 2-4. In der ersten Auflage der „Großen Deutschen“ wurde Abbe zusammen mit Josef Fraunhofer und Carl Zeiss in einem von Paul Karlson verfassten Artikel gewürdigt. Vgl. Willy Andreas/Wilhelm von Scholz (Hrsg.): Die Großen Deutschen. Neue Deutsche Biographie. Band 5 (Ergänzungsband). Berlin 1937, S. 232-247.

8 Jörg E. Allgäuer: Die linke und die rechte Hand. Motive der Gründung einer Stiftung. Baden-Baden 2008, S. 100.

9 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 232 u. 241.

lichen Patriarchalismus, sondern um ‚rechtliche‘ Institutionen handelte.“<sup>10</sup> So integrierte sich in Abbes Wirken und Zielen die in die Zukunft weisende Verbindung, um die es Thomas Nipperdey ging: um die Verschränkung von Arbeitswelt und Bürgergeist.

Abbes Unternehmens- und Stiftungsziele gehören heute zu den Grundlagen eines zeitgemäßen Verständnisses von angewandter Wissenschaft. Denn in der Nachfolge entstanden weitere Stiftungen, die Abbes Überlegungen aufgriffen. Deshalb wurde er in den bildungsbürgerlichen Werken über „Die Großen Deutschen“, die Hermann Heimpel und Theodor Heuss herausgaben, als „ein Mann“ gewürdigt, der als „Bahnbrecher in der naturwissenschaftlichen Erkenntnis“ zugleich „theoretische Grundlagen in praktischen Ausführungen“ umzusetzen wusste.<sup>11</sup> Bemerkenswert schien sein sozialpartnerschaftliches Ausgleichsmodell. So hob Walther Bauersfeld, Mitglied der Zeiss-Geschäftsleitung, hervor, dass Abbe „in aller Stille einen Weg zur Überwindung der sozialen Gegensätze nicht nur sorgfältig durchdacht, sondern in seinem Bereich praktisch vollständig durchgeführt“<sup>12</sup> habe.

## I.

Ziel der 1889 gegründeten „Carl Zeiss-Stiftung“<sup>13</sup> war die nachhaltige Weiterführung der Unternehmen Zeiss und Schott mit dem Ziel der Wissenschaftsförderung an der Universität Jena sowie der Hebung der rechtlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft in den Eigenbetrieben und in der Stadt Jena.<sup>14</sup> Dabei setzte Abbe auf den Staat als Garanten seiner in die Zukunft weisenden Verfügungen.

Stifter wie Abbe trauten sich zu, die Welt, in der sie lebten, zu verändern. Das ist ein genuin liberales Anliegen. „Stiften heißt nicht nur, Geld zur Verfügung zu stellen“.<sup>15</sup> Dies hatte einige Jahrzehnte später ein anderer bedeutender Unternehmer-Stifter, der Stuttgarter Industrielle Robert Bosch, festgestellt. Vielmehr sei es „Aufgabe und Vorrecht des Stifters, [...] auch den Zweck zu definieren und die Ziele zu formulieren“, die er mit seiner Stiftung verfolge. Bosch wusste, dass „ein solch konkret geäußerter Wille [...] Chance, aber auch Bürde sein“ könne. Zugleich nahm er sich und den Stifter in die Pflicht. Er müsse das Ziel seiner Initiative „im Auge [...] behalten“, dies sei die „Aufgabe

10 Ebd., S. 361.

11 Bauersfeld: Abbe (wie Anm. 7), S. 565.

12 Ebd., S. 562.

13 § 2, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 265.

14 § 1, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: ebd., S. 264.

15 Max Hägler: Das schwierige Erbe. In: Süddeutsche Zeitung 178 vom 3./4.8.2013, S. 34. Daraus auch die unmittelbar folgenden Zitate.

der Verantwortlichen. Es mit Leben zu erfüllen, die der Mitarbeiter.“ Diese Überlegungen stellen einen Maßstab zur Verfügung, der einer Bewertung von Stiftungsinitiativen dient.

Am Beginn der Carl-Zeiss-Stiftung stand jedoch der Erfolg des Naturwissenschaftlers. Als Abbe, damals noch ein junger Wissenschaftler, 1871 „erste Rechnungsergebnisse für hochwertige Mikroskop-Objektive“<sup>16</sup> vorlegte, schuf er eine entscheidende Grundlage für einen epochalen naturwissenschaftlichen Fortschritt. Ein Jahrzehnt später konnte Robert Koch bereits mit einem leistungsfähigeren Mikroskop den Tuberkel-Bazillus nachweisen und Voraussetzungen für die Bekämpfung von Seuchen schaffen, die bis dahin als Geißeln der Menschheit gegolten hatten.

Die Anfänge des Unternehmens ließen diese Wirkungen noch nicht erahnen. In der optischen Werkstatt von Carl Zeiss hatten der Meister dieser Werkstatt und der junge Jenaer Physiker Ernst Abbe seit Jahren mit kaum zu lähmendem Engagement an einem wissenschaftlich konsequent durchdachten Herstellungsverfahren zur Konstruktion des Mikroskops gearbeitet.<sup>17</sup> Nachdem aus der erfolgreichen Berechnung anschließend ein sehr leistungsfähiges Mikroskop-Objektiv hervorgegangen war, versuchten Abbe und Zeiss sich an der fertigungstechnisch durchdachten Umsetzung ihrer Forschungen in einer Werkstatt, die erste fabrikähnliche Strukturen bestenfalls erahnen ließ. Trotz mancher Rückschläge gelang es, eines der technisch anspruchsvollsten Produkte der Zeit, das aus vielen Linsen zusammengesetzte Mikroskop, gewinnbringend als Hochleistungsprodukt zu fertigen.<sup>18</sup>

Abbe war aber nicht allein Wissenschaftler, sondern empfand, wie etwa Rudolf Virchow,<sup>19</sup> stets Sympathie für die linksliberale, die „fortschrittlich-freisinnige“ Opposition zum monarchischen Obrigkeitsstaat. Er hegte anscheinend eine tiefe Abneigung gegen Preußen und Bismarck<sup>20</sup> und verstand sich selbst als „alter Demokrat“.<sup>21</sup> „Wie mancher trotziger Knabe sich abseits hält [...], so trieb es Abbe oft unwiderstehlich, sich in Gegensatz zu stellen zu denen, die den herrschenden Gewalten offenkundig dienen“,<sup>22</sup> beschrieb der von Abbe zu seinem Nachfolger aufgebaute Siegfried Czapski einmal die Haltung seines Mentors.

16 Bauersfeld: Abbe (wie Anm. 7), S. 565.

17 Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 68-84.

18 Schomerus: Geschichte (wie Anm. 4), S. 35 f.

19 Vgl. Constantin Goschler: Rudolf Virchow. Köln 2002.

20 Felix Auerbach: Ernst Abbe. Sein Leben, sein Wirken, seine Persönlichkeit, nach den Quellen und aus eigener Erfahrung geschildert. 2. Auflage Leipzig 1922, S. 17, 47, 362.

21 Ernst Abbe: Über die Aufgaben des Arbeiterausschusses. Vortrag in der Sitzung des Arbeiterausschusses der Firma Zeiss, 27. Januar 1902. In: ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 254.

22 Siegfried Czapski: Trauerfeier für Ernst Abbe, in: Andreas Flitner/Joachim Wittig (Hrsg.): Optik – Technik – Soziale Kultur. Siegfried Czapski, Weggefährte und Nachfolger Ernst Abbes. Briefe, Dokumente, Schriften. Rudolstadt 2000, S. 494.

Es ist deshalb nicht überraschend, dass Abbe zu den Gründungsmitgliedern des Freisinnigen Vereins in Jena gehörte.<sup>23</sup> Vor seinen liberalen Gesinnungsgenossen hielt er mehrfach Reden, die lokale, aber auch überregionale Ziele der Freisinnigen aufnehmen und erweitern sollten. Neben seinem Eintreten für die Versammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach fragte er sich auch, „welche soziale Forderungen ... eine 'freisinnige Volkspartei' in ihr Programm auf[-]nehmen [müsse], damit sie ihren Namen mit Ehre führen könne?“<sup>24</sup> Im Jahr 1900 trat er bei der Stichwahl schließlich als Kandidat gegen den Vertreter der Nationalliberalen an.<sup>25</sup>

Eine freimütig bekannte freiheitlich-liberale Gesinnung verschaffte im 19. Jahrhundert nicht den erwünschten Einfluss auf politische Entscheidungen, denn prägend blieben für das nationalliberal oder deutsch-konservativ geprägte Bürgertum und die Regierungen lange Zeit kritische Vorbehalte, die sich auf die Revolutionszeit von 1848/49 bezogen und die Ablehnung ihrer politischen Forderungen bewirkten. „Unentwegt“, so erklärte Abbe vor dem Freisinnigen Verein, „wollen wir [...] zu denen stehen, deren politische Arbeit darauf gerichtet ist, dem Deutschen Volk das größere Maß von bürgerlicher Freiheit und Selbstbestimmung noch zu erringen, welches den nordischen und anglo-sächsischen Zweigen des germanischen Stammes eine glücklichere Geschichte schon vor Jahrhunderten hat zuteil werden lassen.“<sup>26</sup>

Im Konstitutionalismus eröffnete selbst das demokratischste Wahlrecht jener Zeit, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte (Männer-)Wahlrecht, nicht die Veränderungs- und Mitsprachemöglichkeiten, die ein parlamentarisches System bot. Eigentlich war die stärkste Waffe der Volksvertretung das Haushaltsbewilligungsrecht. Aber es ließ sich im Konfliktfall nur obstruktiv nutzen und stärkte in der Regel sogar die Regierung, die sich im Zuge von Neuwahlen direkt an die Wählerschaft wenden und durch eigene Beamte und Regierungsorgane den Wahlkampf prägen konnte. Vielleicht war es Folge der Einsicht in die begrenzten Einwirkungsmöglichkeiten auf Staat und Gesellschaft, die Abbe veranlasste, frühzeitig über einen anderen Weg der Veränderung der Strukturen nachzudenken, die zunächst auf die Förderung von Wissenschaft und Bildung gerichtet waren, aber doch früh darüber hinausgingen.

23 Dies geht aus einem Artikel hervor. Unterlagen zur Gründung der Partei sind bisher nicht aufgefunden worden. Siehe: Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 20617: Die politische Gesinnung von Professor Abbe, Bericht von E. Harmening. In: Jenaer Volksblatt, 9. Februar 1907.

24 Abbe: Soziale Forderungen Steuersystem (wie Anm. 2), S. 3. Ders.: Die rechtswidrige Beschränkung der Versammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen. Rede, gehalten in öffentlicher Versammlung zu Jena, 17. November 1900, in: Ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 170-202.

25 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 12257: Max Vollert an Siegfried Czapski, 20. November 1900.

26 Abbe: Soziale Forderungen Steuersystem (wie Anm. 2), S. 1.

Zur „Fahne des politischen Fortschritts“ bekannte er sich und wollte zugleich die „Übermacht der Gegner“ und die „Teilnahmslosigkeit des Bürgertums“ bekämpfen.<sup>27</sup>

Auch wenn Abbe sich damit in Gegensatz zur Obrigkeit brachte, bedeutete dies für ihn noch nicht die Ablehnung des Staates. „Nur der Staat“, so stellte er fest, „als Vertreter und Organ der Interessen der Gemeinschaft gegenüber denen aller einzelnen und aller Klassen, kann in seiner Rechtsordnung die Garantien dafür schaffen, daß [...] zwischen Starken und Schwachen die Resultate noch dem Gemeinwohl diene.“<sup>28</sup>

Abbe erblickte die Aufgabe des Staates in der freiheitlichen Organisation der Gesellschaft, ohne Rücksicht auf Klassen- und Standesprivilegien. Er wurde als Stifter aktiv, um gleichsam ein darauf ausgerichtetes Stiftungsmodell zu realisieren, das anderen zugleich als Vorbild dienen sollte. In diesem Sinne stellte sein Nachfolger Czapski bei der Trauerfeier nach Abbes Tod fest: „der Erfolg des hier [in Jena] unternommenen Versuchs sollte ermutigen, gleiches oder doch ähnliches auch anderwärts zu tun.“<sup>29</sup>

In der Tat zeichnete sich Abbe in politischer und sozialpolitischer Hinsicht durch ein entschiedenes und klares Urteil aus. Kritikern beschied er selbstbewusst und ebenso bündig: „Hierüber noch ein Wort zu verlieren scheint mir überflüssig, solange ich nicht den gesehen habe, der den Mut haben wird, beweisen zu wollen: es gehöre zu den Bedingungen einer sittlichen Gesellschaftsordnung, daß solche vorhanden sein müßten, die ohne irgend einen anderen Vorzug, bloß weil sie ein genügend großes Vermögen irgendwie erworben oder ererbt haben, berechtigt sind, ohne alle eigene Arbeit in begünstigter Stellung zu leben, nicht etwa von diesem Vermögen, mittelst dessen Verwendung, sondern durch dieses Vermögen, ohne Minderung seiner Substanz, allein von der Arbeit anderer.“<sup>30</sup>

Hier zeigten sich seine Entschlossenheit ebenso wie sein Augenmaß, denn Abbe wollte seine Firmenbeteiligungen nicht in privat zu nutzende Geldvermögen verwandeln, gleichsam als Rentier seines Kapitals existieren, sondern er bekannte sich zur persönlichen Genügsamkeit und Bescheidenheit, zugleich aber zur Orientierung auf die Förderung des Gemeinwohls. Er wollte einen – allerdings maßvollen – gehobenen Lebensstil pflegen, seiner Familie Auskömmlichkeit sichern, aber zugleich auch Vorsorge für eine nicht nur sein Kapital verzehrende, sondern zukunftsprägende Einrichtung schaffen, die ein neues Verhältnis zum sozial verpflichtenden Eigentum spiegelte. Dies bedeutete aber, dass seine Angehörigen seiner Vorausverfügung über das hinterlassene Vermögen zustimmen mussten. Zugleich war Abbe bestrebt, den wirt-

27 Ebd., S. 1 f.

28 Abbe: Soziale Forderungen Arbeiterschutz (wie Anm. 1), S. 37.

29 Czapski: Trauerfeier für Ernst Abbe (wie Anm. 22), S. 495 f.

30 Abbe: Soziale Forderungen Steuersystem (wie Anm. 2), S. 14.

schaftlichen Erfolg seines Unternehmens für die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Arbeiter umsetzen. Er wollte also nicht die „Zwangslage eines anderen“, etwa seiner Arbeiter, „benutzen, um sich Vorteile auszubedingen, welche außer Verhältnis zu den Leistungen stehen“. Abbe moralisierte sogar jede Ausnutzung ökonomischer Zwangslagen, wenn er von „Wucher“ sprach.<sup>31</sup>

## II.

Wenn „im Mäzenatentum die Idee der Aufopferung von Finanzmitteln für etwas, was man für kulturell wertvoll hält, steckt, so ist der Grundantrieb dieses Mäzenatentums [lediglich, die Verf.] die Liebhaberei“.<sup>32</sup> Abbe ging es nicht um die Demonstration seiner Kunstgesinnung oder um kulturelle Performanz. Er wollte den wissenschaftlichen Fortschritt fördern und dem gesellschaftlichen Zusammenleben dienen und engagierte sich so für eine gedeihliche Gestaltung der Zukunft. Letztlich ging es dem Arbeitersohn Abbe um die Förderung oder gar die Festigung des Zusammenhalts der Gesellschaft, die ihm durch Bildung einen außerordentlichen sozialen Aufstieg ermöglicht hatte und der er durch seine innovative Stiftung gleichsam doppelt etwas zurückgeben wollte: wissenschaftlich abgesicherten Aufstieg und individuelle Förderung von begabten Leistungsträgern, die ihrer Zeit neue Impulse geben konnten.

Insofern führte er seine Stiftungsidee und ein erfolgreiches Unternehmertum zusammen, die durchaus zwei Säulen seines Konzepts darstellen. Ziele der Gewinnsicherung und der Wissenschaftsförderung verbanden sich. Diese Kombination hob seine Initiative aus dem Umfeld anderer Stiftungen seiner Zeit hervor und stärkte seinen Anspruch auf Orientierung am Gemeinwohl. Dies bedeutete also nicht, auf Gewinnoptimierung und betriebliche Rationalisierung zu verzichten. Jede Mark, die verdient wurde, kam zu einem erheblichen Teil den Stiftungszwecken zugute.<sup>33</sup> Aber jede Mark, die gestiftet wurde, war abhängig von Umsatz und Produktivität.

Grundlegende Voraussetzung der langfristigen Sicherung seiner Stiftung war eine erfolgreiche Unternehmensführung. Abbe stellte sicher, dass der Stiftungszweck nicht nur zukunftsicher definiert, sondern auch realistisch begrenzt wurde. Zugleich verfolgte er neben stiftungspolitischen Zielen weitergehende Perspektiven: Wissenschaftsförderung, aber auch Veränderung gesellschaftlicher Strukturen finden sich nebeneinander. Er konnte sein ganz persönliches Ziel durch sein Vermögen nicht nur befördern, sondern Wirk-

31 Ebd., S. 15.

32 Peter Richter u.a.: Elektrisierend. In: Süddeutsche Zeitung 181 vom 7.8.2013, S. 3.

33 § 100, Statut der Carl Zeiss-Stiftung In: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 308.

lichkeit werden lassen. Sein Stiftungsmodell lässt sich daher ebenso exemplarisch wie paradigmatisch als ein „Instrument bürgerlichen Handelns“<sup>34</sup> in einer Gesellschaft begreifen, die politische und gesellschaftliche Beteiligung noch nicht zu ihren politischen Grundwerten erhoben hatte.

Seine Entscheidung, als Zinsertrag geschaffenes, gleichsam arbeitsloses Einkommen auf eine Weise zu verwenden, die nicht mehr profitorientiert war, sondern „gemeinwohlorientiert“ verstanden werden sollte, gründete sich auf die Überzeugung eines Liberalen, die soziale und kulturelle Wirklichkeit, in der er lebte und wirkte, unabhängig von Wahlauseinandersetzungen verändern zu können. Selbstlos war seine Initiative insofern nicht, als Abbe immer auf die Absicherung des Unternehmens orientiert blieb. Es ging also nicht nur um „Gerechtigkeit in der Zinswirtschaft“, sondern auch um den Versuch, mit Hilfe des Staates eine neue Form gesellschaftlicher Aneignung und Verteilung zu erproben. Abbe war insofern staatsorientiert, als er überzeugt war, erst der Staat sichere durch seine „Obhut“ die „Verwahrung des Besitzes“.<sup>35</sup>

### III.

Der im Januar 1840 geborene Ernst Abbe wuchs in einer – um einen heute gängigen Begriff zu verwenden – bildungsfernen Schicht auf. Entscheidend förderten ihn seine Lehrer, die den Lerneifer ihres Schülers erkannten und Grund legten für seine umfassende Bildung, die sich keineswegs nur auf die Naturwissenschaften erstreckte.<sup>36</sup> Die beruflichen Anfänge waren keineswegs vielversprechend. Abbe musste sogar verkraften, dass seine ausbaufähige Stelle im populärwissenschaftlichen Frankfurter Physikalischen Verein nicht verlängert wurde.<sup>37</sup> Nach Jena zurückgekehrt, bezog sich eine der Aufgaben, die er als junger Privatdozent übernommen hatte, auf die Pflege der Geräte des Physikalischen Kabinetts. Für Reparaturen der Apparate wandte sich Abbe an einen vor Ort ansässigen Mechaniker, „der im Einzelnen sehr geschickt und

34 Dieter Hein: Das Stiftungswesen als Instrument bürgerlichen Handelns im 19. Jahrhundert In: Bernhard Kirchgässner/Hans-Peter Becht (Hrsg.): Stadt und Mäzenatentum. Sigmaringen 1997, S. 75-92.

35 Abbe: Soziale Forderungen Steuersystem (wie Anm. 2), S. 18.

36 Auerbach: Ernst Abbe (wie Anm. 20), S. 11-55. Joachim Wittig: Ernst Abbe. Leipzig 1989, S. 8-30.

37 Auerbach: Ernst Abbe (wie Anm. 20), S. 60-69.

präzise arbeitet, aber mit derartigen Instrumenten bisher gar nicht bekannt war<sup>38</sup> und der sich auf die Herstellung von Mikroskopen spezialisiert hatte.

Zeiss erwähnte gegenüber dem jungen Physiker Abbe Schwierigkeiten, mit denen er täglich in seiner Werkstatt zu kämpfen hatte. Er vermutete, dass die Konstruktion leistungsfähiger Mikroskope entscheidend von verbesserten Herstellungsverfahren des Glases und der genauen Berechnung der Linsen abhängig war.<sup>39</sup> „Er sagte sich: da alle Wirkungen, die eine Linsenkombination begleiten, auf Gesetzen beruhen, die durch die wissenschaftliche Optik genau festgestellt, in allen Einzelheiten mathematisch bestimmbar sind, und da auch alle maßgebenden Eigenschaften des wirksamen Stoffes, des Glases, auf das strengste meßbar sind – so muß es für den Aufbau der Linsensysteme jeder Art noch einen ganz anderen Weg geben, um eine verlangte Wirkung mit Sicherheit des Erfolges herbeizuführen.“<sup>40</sup> Abbe machte Verbesserungsvorschläge, die sich sehr schnell positiv auf die Fertigung von Mikroskopen, die Zeiss bereits 1846 aufgenommen hatte, auswirkte.<sup>41</sup>

Abbe und Zeiss schätzten sich als verlässliche Geschäftspartner, die einvernehmlich an der Lösung von technisch komplizierten Problemen arbeiteten. Gewinnerwartungen standen zunächst nicht im Vordergrund, sondern sie trieb wissenschaftlicher und technologischer Ehrgeiz an. Sie vertrauten einander, konnten die jeweiligen Probleme und Erwägungen des Partners gegenseitig durchdenken und – dies war entscheidend – nach den Berechnungen, die Abbe anstellte, in der Werkstatt von Zeiss praktisch überprüfen. Insofern sind sie auch Repräsentanten einer auf Evidenz gerichteten empirischen Technologie.

Abbe war sich sicher, dass die Berücksichtigung physikalischer Gesetzmäßigkeiten die Produktion von Mikroskopen verbessern müsste. Er glaubte an den wissenschaftlichen Fortschritt. Dieser Optimismus bestimmte auch sein Vertrauen in die weitere Entwicklung der Gesellschaft. Rückschläge bestärkten ihn nur in seinem Ziel, so dass er gezwungen war, seine „bürgerliche Existenz auf das Spiel“<sup>42</sup> zu setzen. Für Zeiss waren die langwierigen Versuche mit finanziellen Einbußen für seine Werkstatt verbunden. Im Jahre 1896 erinnerte

38 Ernst Abbe an Harald Schütz, 12. Dezember 1863. In: Volker Wahl/Joachim Wittig (Hrsg.): Ernst Abbe. Briefe an seine Jugend- und Studienfreunde Carl Martin und Harald Schütz 1858-1865. Berlin 1986, S. 268. Vgl. Auerbach: Ernst Abbe (wie Anm. 20), S. 81. Schomerus: Geschichte Zeisswerk (wie Anm. 4), S. 32. Wittig: Ernst Abbe (wie Anm. 36), S. 43. Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 65 f.

39 Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 59-114.

40 Ernst Abbe: Gedächtnisrede zur Feier des 50jährigen Bestehens der Optischen Werkstätte (gehalten am 12. Dezember 1896. In: ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 64. Siehe auch: Schomerus: Geschichte Zeisswerk (wie Anm. 4), S. 15; Horst Alexander Willam: Carl Zeiss 1816-1888. München 1967, S. 41; Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 47.

41 Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 66-68.

42 Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887. In: Ernst Abbe: Werden und Wesen der Carl Zeiss-Stiftung an der Hand von Briefen und Dokumenten aus der Gründungszeit (1886-1896). Jena 1940, S. 63.

sich Abbe: „Und mein alter Freund Zeiss hat mir vollkommen zugegeben, daß es ohne diesen [letztendlichen] Erfolg mit ihm zu Ende gewesen wäre; mit seiner gewohnten Ehrlichkeit hat er mir gesagt, daß er von anderen überholt worden sei, wenn es nicht gelänge, einen neuen Anlauf zu nehmen, so würde der bisherige Erfolg wieder verloren gehen.“<sup>43</sup> Den Durchbruch erzielte Abbe im Herbst 1871 mit einer neuen Theorie der Bildentstehung im Mikroskop. Als Fazit konnte er festhalten: „Es zeigt sich dabei, dass eine hinreichend gründliche Theorie in Verbindung mit einer rationellen Technik, die alle Hilfsmittel benutzt, welche die Physik der praktischen Optik bietet, auch bei der Construction der Mikroskope die empirischen Verfahrungsweisen mit Erfolg ersetzen kann.“<sup>44</sup>

Ein Jahrzehnt später wiederholte sich ein vergleichbarer Durchbruch, als es dem Chemiker Otto Schott gelang, die Glastechnologie entscheidend zu verbessern und so ein relativ spannungsarmes und von störenden Farbsäumen freies Glasprodukt herzustellen. „Man schlug mir vor, in Vereinigung mit Abbe und Zeiss hier am Orte eine Fabrik für die Herstellung gewöhnlicher optischer Gläser und unserer Spezialgläser zu bauen“,<sup>45</sup> so berichtete der damals noch fast mittellose Otto Schott später einem Studienfreund. In dieser durch technologische Innovationen und hohen Mitteleinsatz angespannten finanziellen Lage wandten sich Abbe und Schott sogar an den preußischen Staat und beantragten – ganz in der Tradition staatlich geförderter Gewerbepolitik – Subventionen für das neu errichtete Glaswerk Schott & Genossen, da „die Erfüllung dieser Aufgabe so sehr als eine Sache von allgemeinem Interesse erachtet wird“.<sup>46</sup> Mit Hilfe der neuen Glassorten von Schott war es der Firma Zeiss möglich, die Qualität ihrer Mikroskop-Objektive entscheidend zu verbessern.<sup>47</sup>

43 Ernst Abbe: Über die Grundlagen der Lohnregelung in der Optischen Werkstätte. Rede gehalten in einer allgemeinen Versammlung der Geschäftsangehörigen der Firma Carl Zeiss am 15. Dezember 1897. In: ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 139.

44 Ernst Abbe: Beiträge zur Theorie des Mikroskops und der mikroskopischen Wahrnehmung. In: ders.: Abhandlungen über die Theorie des Mikroskops. Jena 1904, S. 47.

45 Otto Schott an Gottfried Brügelmann, 3. Dezember 1882. In: Herbert Kühnert (Hrsg.): Briefe und Dokumente zur Geschichte des VEB Optik Jenaer Glaswerk Schott & Genossen. I. Teil: Die wissenschaftliche Grundlegung (Glastechnisches Laboratorium und Versuchsglashütte) 1882-1884. Jena 1953, S. 37.

46 Ernst Abbe/Otto Schott: Vorläufiger Bericht über eine wissenschaftliche Untersuchung zur Verbesserung des optischen Glases. In: Ernst Abbe: Unveröffentlichte Schriften wissenschaftlich-technischen Inhalts. Erste Hälfte: Arbeiten zum Glaswerk zwischen 1882 und 1885. Jena 1928, S. 21.

47 Steiner: Otto Schott (wie Anm. 4), S. 12-14.

#### IV.

Im Rückblick wird die große Bedeutung dieser Verbindung von Produktion, Technologie und Naturwissenschaften deutlich. Zweimal hatte sich gezeigt, dass Fabrikanten wie Carl Zeiss und Otto Schott durch die Verbindung von Technologie und Grundlagenforschung einen außerordentlichen Erfolg als Unternehmer aufweisen konnten. Die Kombination von neuen Berechnungsmethoden, Fertigungsweisen und wissenschaftlicher Reflexion enthielt einen in die Zukunft weisenden Ansatz und schuf so erst die finanzielle Voraussetzung für eine stiftungsrechtliche Innovation, die zugleich ein Grundziel des Liberalismus zu realisieren half: die Selbstentwicklung der Gesellschaft.

Denn nachdem Carl Zeiss am 3. Dezember 1888 im Alter von 72 Jahren verstorben war, stellte sich für Abbe die Frage, wie mit den Unternehmen weiter verfahren werden sollte. Aus dem Werkstattbetrieb Zeiss war in nicht einmal zwei Jahrzehnten ein Weltunternehmen entstanden, dessen entscheidende Erfolge nicht allein die Leistung eines „wagenden Unternehmers“, sondern auch durch das Wissen und die Leistungsbereitschaft seiner Teilhaber errungen worden waren.<sup>48</sup> Vielleicht liegt in dieser Kombination eine Erklärung für die Gründung einer Stiftung, die auf den unternehmerischen Erfolg angewiesen war, und die zugleich, da gemeinwohlorientiert, zum Beispiel eines verantwortungsvollen Handelns wurde.

Der gelungene Ausbau von zwei technologischen Großbetrieben wurde zum Ausgangspunkt eines gesellschaftlichen Engagements, das auf zwei Säulen beruhte. Denn es entstand seit Beginn der neunziger Jahre neben den Unternehmen eine Stiftung, die in ihrer gemeinnützigen Arbeit auf den wirtschaftlichen Erfolg angewiesen war, gleichzeitig aber auch die Eigenständigkeit der Unternehmung sicherte. Zugleich aber offenbarte sich die sehr ambivalente Motivation, die Abbe als Stifter antrieb und eine gesellschaftsverändernde Stiftung zum Leben erweckte, die immer „eine fragile Balance aus egoistischen und altruistischen Motiven“<sup>49</sup> darstellte.

Abbe setzte zunächst auf den Einfluss des Staates, den er als Garant von Zielen und einer Ordnung wahrnahm, die gesellschaftliche Selbsttätigkeit nicht behinderte. Diese Hoffnung erwies sich später im Verlauf des 20. Jahrhunderts als trügerisch, weil die späteren beiden deutschen Diktaturen den Willen unabhängiger Stifter nicht respektierten, sondern ihrer eigenen Ideologie unterwarfen. Abbes Erwartung, im Staat und in der Bürokratie einen Treuhänder seiner Absichten zu sehen, konnte sich nur dann als realistisch erweisen, wenn

48 Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 121-123, 151-159. Schomerus: Geschichte Zeisswerk (wie Anm. 4), S. 68.

49 Elisabeth Kraus: Aus Tradition modern. Zur Geschichte von Stiftungswesen und Mäzenatentum in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Historisches Jahrbuch 121 (2001), S. 400-420, hier S. 402.

sein ursprünglicher Wunsch verlässlich von staatlicher Seite respektiert und erfüllt wurde. Dies bedeutete, dass die Interessen des Staates und seiner als Treuhänder der Stiftung wirkenden Vertreter in der gebotenen Zurückhaltung gegenüber einer Stiftung und ihrer Verwaltung unter Berücksichtigung der Stiftungsziele realisiert wurden.<sup>50</sup>

Im Jahr 1886 begründete Abbe einen „Ministerialfonds“, indem er der Ministerialregierung einen Fonds zur Verfügung stellte, um mathematische und naturwissenschaftliche Forschungen an der Universität Jena zu fördern. Abbe wollte aber mehr. Deshalb entwickelte er gemeinsam mit der Regierung des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach 1889 die Idee zur Gründung einer Stiftung. Mit der gemeinnützigen Verwendung der überschüssigen Erträge seiner eigenen Unternehmensanteile wurde zunächst eine kleine Stiftungsverwaltung betraut, während die unternehmerischen Aufgaben weiterhin unabhängig von den Geschäftsleitungen der Betriebe erfüllt wurden. So schälte sich allmählich das spätere „Zwei-Säulen-Modell“ heraus.<sup>51</sup>

Nachdem Abbes Angehörige ihren Anspruch auf ihr Erbe aufgegeben hatten, war eine erste Voraussetzung der langfristigen Bildung eines Stiftungsvermögens erfüllt. Die Anwartschaft auf die ihm zustehenden Unternehmensanteile sei „in keiner Form zu Gunsten meiner Familie“<sup>52</sup> gedacht, erklärte Abbe. Seiner Frau Elise und den beiden Töchtern billigte er lediglich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanteil zu, was für damalige Zeiten jedoch noch immer eine ansehnliche Summe ergab.<sup>53</sup> Auch den Erben seines langjährigen Unternehmenspartners, Roderich Zeiss, konnte er 1891 zum Abtritt seiner Anteile an die Stiftung bewegen. Otto Schott sicherte vertraglich zu, später ebenso mit seinen Anteilen zu verfahren.<sup>54</sup> Abbe konnte allerdings nur dann eine Vorausverfügung mit einem gewissen Ewigkeitwert durchsetzen, wenn es ihm gelang, mit dem Ministerium Einigkeit zu erzielen und eine vertragliche Regelung abzustimmen, die seinen Absichten entgegenkam.

Da es für sein Stiftungsvorhaben keine Vorbilder gebe, müsse er selbst eine Lösung und detaillierte Festschreibung seiner Ziele finden, erklärte Abbe. So schuf er mit dem dann 1896 veröffentlichten Stiftungsstatut ein stiftungstheoretisch gründlich reflektiertes Werk, das ihm schließlich sogar den juristischen

50 Vgl. Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887, in: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 48-73.

51 § 4-20, Statut der Carl Zeiss-Stiftung, in: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 265-272.

52 Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887, in: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 36.

53 Der Erbeinsetzungsvertrag vom 23./28. Mai 1889, in: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 111-114.

54 Wortlaut des Vertrags zwischen Roderich Zeiss und der Carl Zeiss-Stiftung, 20. Juni 1891. In: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 208-214. Vertrag zwischen der Carl Zeiss-Stiftung und Otto Schott, 27. November/28. Dezember 1891. In: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 238-241.

Ehrendoktor einbrachte.<sup>55</sup> Abbe betonte in einer Denkschrift 1887 das allgemeine Interesse, das er mit seinem Schritt fördern wolle: „Erhalt, Förderung und dauernde Sicherung“ der Unternehmen seien „eine Sache von öffentlichem Interesse“.<sup>56</sup> Die Betriebe von Zeiss und Schott hätten viele Möglichkeiten geschaffen, um auf wissenschaftlicher Grundlage neue Produkte zu entwickeln und sich auf den internationalen Märkten durchzusetzen.

Abbe übertrug den Erfolg der Unternehmen auf sein Projekt: Die wirtschaftliche Prosperität der Unternehmen würde wiederum dem gesamten Umfeld zugutekommen. Der grundlegende Wandel von einer handwerklich geprägten Wirtschaft zur fabrikmäßigen oder gar industriellen Organisation sei dabei offensichtlich geworden. Durch die Arbeitsteilung, die mit der Entstehung einer Fabrikanlage mit annähernd 1000 Beschäftigten notwendig geworden war, würden Arbeitskräfte nicht freigesetzt, sondern könnten sich auf neue Tätigkeitsfelder konzentrieren. Dies verlange aber eine ständige Fortbildung und innerbetriebliche Weiterqualifikation. Löhne und Gehälter der Belegschaften würden steigen und wachsenden Konsum ermöglichen, der den Einzelnen und ihren Familien, aber auch der Gemeinde zugutekäme und somit den örtlichen Kaufleuten nütze. Daher würde durch weitere betriebliche Förderung und Expansion ein größerer Personenkreis als nur die Belegschaft von Zeiss und Schott begünstigt.

Mit den technischen Neuerungen und dem langfristigen unternehmerischen Erfolg müsste vor allem die optische Werkstatt von Zeiss eine wachsende Bedeutung für die akademische Forschung erzielen, denn als Produzent hochwertiger Instrumente würde eine Voraussetzung für weitere naturwissenschaftliche Entdeckungen geschaffen. In der Vergangenheit hätte sich das Unternehmen Zeiss so zu einer „Stätte für die Pflege und Weiterbildung der optischen Kunst überhaupt“<sup>57</sup> entwickelt und damit eine Wandlung durchgemacht, die sich aus der Verbindung von wissenschaftlichem Fortschritt, Qualifikation der Arbeitskräfte, Verbesserung ihrer Fertigungsmethoden und der betrieblichen Organisation erklärte.

Nach dem Tod von Carl Zeiss hatte Abbe einige unternehmerische Grundsätze neu formuliert. Bislang waren die technischen Neuentwicklungen von Zeiss und Abbe, die jeweils einen Vorteil der optischen Produktion gegenüber Konkurrenten sicherten, nicht öffentlich gemacht worden. Jetzt aber bestünde „keinerlei Geschäftsgeheimnis“ mehr, „die leitenden Gedanken für alle konstruktiven Ausführungen [...] werden stets veröffentlicht“ und „ausnahmslos in den freien Wettbewerb gestellt, so daß jeder, der will und kann, an den hier

55 Wittig: Ernst Abbe (wie Anm. 36), S. 139. Hellmuth/Mühlfriedel: Zeiss (wie Anm. 4), S. 309.

56 Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887. In: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 41.

57 Ebd., S. 44.

erreichten Fortschritten ohne weiteres teilnehmen darf.“<sup>58</sup> Die Unternehmen sollten sich durch ständige Neuentwicklungen wettbewerbsfähig halten und nicht durch Patente auf dem bisher erreichten Fortschritt ausruhen.

Neben das Vertrauen in die eigene Fähigkeit zur Behauptung auf dem Markt trat aber die Erwartung, dass staatliche Institutionen die Stabilität der Stiftung sicherten. Nur staatliche Behörden, die dem unternehmerischen Egoismus entzogen seien und gleichsam als Vertreter des Interesses aller fungierten, waren nach Abbes Überzeugung in der Lage, vielschichtige und vielfältige Interessen zu berücksichtigen und die Ziele von Universität und Belegschaft, Gemeinde und Industrie sowie der Wissenschaft gleichsam selbstlos zu fördern und zu sichern.

## V.

Aufgrund dessen schien es Abbe wichtig, die Sachsen-Weimar-Eisenacher Regierung in ihrer Verantwortung für die Wirksamkeit der Stiftung auch mit der positiven Beeinflussung der Unternehmensführung zu beauftragen.<sup>59</sup> Diese Überzeugung macht einen Widerspruch im Denken Abbes sichtbar, denn einerseits traute er sich zu, gesellschaftliche Entwicklungen durch Stiftungen anzustoßen, andererseits aber misstraute er dem menschlichen Egoismus.

In seinem Staatsverständnis unterschied er sich von anderen Liberalen, etwa von Eugen Richter<sup>60</sup> als dem Führer der deutschen Fortschrittspartei, der staatliche Institutionen in den Konflikten zwischen preußischer Regierung und der linksliberalen Fraktion des deutschen Reichstags durchaus als Gefahr für die Selbstentfaltung von Gruppen und Individuen erkannt und erfahren hatte. „Staat“ war, das muss deutlich betont werden, für Abbe so weniger Obrigkeit als vielmehr eine über den gesellschaftlichen, egoistischen und durchaus auch bornierten Interessen verortete Institution, die selbstlos, also relativ unbeeinflusst von Eigeninteressen, agierte. Damit präferierte er ein durchaus staatsfreundliches, vertrauensvolles Verständnis für Regierungsvertreter, mit denen er gut zusammenarbeitete. Aus diesem Grundverständnis erklärte sich schließlich sein Wunsch, mit vertrauenswürdigen Regierungsvertretern zusammen zu arbeiten, weil er fest überzeugt war, dass sein Anliegen bei ihnen in guten Händen lag und weiterhin gefördert würde. Denn die dem Gemeinwohl angeleglich verpflichteten Beamten waren in Abbes Verständnis Garanten von Unabhängigkeit und Sachlichkeit. Deshalb erklärte er, „daß der gewöhnliche

58 Ebd., S. 45.

59 Ebd., S. 46.

60 Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter – Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906. Husum 1980. Jürgen Frölich: Der linksliberale Freisinn – die Partei Eugen Richters? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 19 (2007), S. 31–46.

Zweck privater Geschäftstätigkeit, der bloße Gelderwerb, niemals die maßgebende Richtschnur der Verwaltung dieser Institute werde – daß vielmehr jener Zweck immer bewußter Weise untergeordnet bleibe der Rücksicht auf die Pflichten des überkommenen Berufs.“<sup>61</sup>

Die der Regierung des kleinen Staates Sachsen-Weimar-Eisenach angebotene großzügige Wissenschaftsförderung markierte für ihn nur den Ausgangspunkt seiner weiteren Überlegungen und zielte auf die Aufforderung zum flankierenden staatlichen Engagement und nicht zuletzt auf die Verpflichtung zur weiteren Förderung seiner Initiative mit staatlichen Mitteln. Stiftungsmittel sollten so letztlich einer Initiierung von Förderungsschwerpunkten dienen, die anschließend mit staatlichen Mitteln weiter finanziell gestärkt werden sollten. Abbe war bewusst, dass sich die Sachsen-Weimar-Eisenacher Regierung wegen der von ihr klar gesehenen und auch befürchteten Risiken einer unternehmerischen Verantwortung verweigern würde, auf eine direkte Übernahme der Verantwortung für sein Projekt einzugehen. Aber er ließ nicht nach und rang im Ergebnis der Regierung eine bürokratisch ungewöhnliche und deshalb schwierige Entscheidung ab. Dieser Erfolg, als Stifter zugleich auch staatliches Handeln zu beeinflussen, macht seinen Versuch zu einem ganz besonderen Beispiel innerhalb der Stiftungsgeschichte, das seitdem eher selten Schule gemacht hat.

Abbe hatte nach einem Weg gesucht, nicht gegen, sondern mit der Großherzoglichen Regierung einen Ausweg zu finden und war letztlich erfolgreich geblieben. Auf Vorschlag der Regierung wurde eine Lösung entwickelt, die, so scheint es, eine Bewältigung des fast entscheidenden Dilemmas eröffnete: die Gründung einer Stiftung, die den spezifischen persönlichen Vorstellungen und Interessen Abbes entsprach und seine Erwartungen, die indirekt ja auch Befürchtungen spiegelten, abdeckte.<sup>62</sup> Das aber konnte zweierlei bedeuten: die Beteiligung am Erfolg des Unternehmens, aber auch die Verpflichtung, Einbrüche durch eine Regierungsintervention abzufedern oder im Verbund der Unternehmen partielle Schwierigkeiten oder krisenhafte Entwicklungen auszugleichen.

Schließlich war – und dies lag im Interesse der übervorsichtigen Regierung – gewährleistet, dass staatliche Etats fernerhin nicht belastet würden. Die Verwaltung der Stiftung durch Regierungsbeamte wiederum schien eine sachgerechte und transparente Kontrolle der Stiftungsgeschäfte zu garantieren. Sie bezog Beamte in forschungsrelevante Entscheidungen ein. Dass dies zum Vorteil der Forschung sein konnte, hatte der preußische Ministerialdirektor Althoff gezeigt, der die Grundlagen für die außergewöhnlich erfolgreiche preußische

61 Die Denkschrift vom 4. Dezember 1887. In: Abbe: *Werden und Wesen* (wie Anm. 42), S. 46.

62 Abbe: *Gedächtnisrede* (wie Anm. 40), S. 91.

Wissenschaftspolitik legen konnte. Dass eine Politisierung der Verwaltung aber zugleich auch Gefahren bot, wurde noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs deutlich und durchzog in den folgenden Jahrzehnten die Geschichte der Stiftung.

## VI.

Zunächst aber konnte Abbe die von ihm angestrebte, rein sachorientierte Unternehmensverwaltung mit seiner Anknüpfung an seine Stiftungsbegründung von 1889 verwirklichen, während gleichzeitig durch die bewusste Zweckbestimmung seine Pläne bis in letzte Förderungsdetails hinein fixiert werden konnten. Mit der Übergabe seiner Unternehmensanteile weitete Abbe die Verantwortung der Stiftung in weitere Bereiche aus, die stärker durch die Bedingungen des Arbeitslebens bestimmt waren, um die Nachteile der Industrialisierung – Zeitdruck und einseitige körperliche Belastung durch Arbeitsteilung und Akkordsystem sowie als deren Folge Erschöpfung und gesundheitliche Belastungen – abzufangen.

Im Zuge seiner Überarbeitung der Stiftungsurkunde 1889 wurde Abbe immer bewusster, dass ihm seine Stiftung weitaus größere Handlungsmöglichkeiten eröffnen konnte, als er sie sich bis dahin hatte vorstellen können. So festigte sich Abbes Wunsch, über seinen Tod hinaus zu wirken, ganz konkret im Zuge seiner ständigen Korrektur der Stiftungssatzungen, die zunehmend sein Denken bestimmte. Besonders deutlich wurde dies, als der stufenweise Ausbau des „Ministerialfonds“ betrieben wurde. Nach 1891 reichte es Abbe nicht mehr, nur eine Stiftung zu hinterlassen, sondern er verspürte den Wunsch, seine präzisierten Erwartungen in eine Form zu gießen, die zukünftige Zeitläufe überdauerte. Das Ergebnis war schließlich eine grundlegend überarbeitete Stiftungsordnung mit dem Statut von 1896.

Entscheidend aber war vor allem, dass Ernst Abbe bis zu seinem Tode im Januar 1905 nicht müde wurde, höchstpersönlich Einfluss auf die konkrete weitere Ausgestaltung der Stiftungspraxis zu nehmen. Mit seiner Umtriebigkeit weckte er jedoch niemals bei seinen Partnern Aversionen.<sup>63</sup> Für die Ausarbeitung der neuen Stiftungsstatuten benötigte Abbe viele Jahre, denn immer ging es fast um die Quadratur eines Kreises: Die klar geregelte Verteilung der Aufgaben sollte garantieren, dass die Betriebe sich wirtschaftlich frei entfalten konnten und nicht durch Begehrlichkeiten des Staates oder durch Ausweitung der gemeinnützigen Fördermittel in Mitleidenschaft gezogen wurden. Hier wird deutlich, in welchem Maße Abbe von den politischen Ordnungsvorstellungen des 19. Jahrhunderts geprägt war.

63 Vgl. Demel: Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft (wie Anm. 1), S. 286-323.

Neben der Förderung der Wissenschaften und der Universität Jena bestimmten zunehmend sozialpolitische Überlegungen Abbes Denken. Er war der Meinung, die „Großindustrie treibe zu Lasten der Gesamtheit gemeinschädlichen Raubbau“, wenn sie sich „nicht darauf einrichtet, von sich aus aufzukommen für den ganzen, regelmäßigen und exzeptionellen, Verbrauch menschlicher Arbeitskraft in ihren Betrieben“. <sup>64</sup> Negative Auswirkungen der Industriearbeit müssten letztlich die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und damit auch den Erfolg der Betriebe mindern, denn als „ein dringendes Volks- und Staatsinteresse gilt unbestritten die Erhaltung, beziehungsweise Wiedererneuerung eines breiten gesunden Mittelstandes, dessen Glieder noch Vollbürger sein können, nicht hinsichtlich der persönlichen und bürgerlichen Verhältnisse schon auf irgend einer Zwischenstufe zum Helotentum stehen und nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenz einem Proletariat, welches nichts mehr zu verlieren hat, verfallen oder jederzeit zu verfallen bedroht sind“. <sup>65</sup> Um die Gesellschaft vor möglichen schädlichen gesundheitlichen und politischen Folgen dieser Entwicklungen zu bewahren, sah er auch den Staat aufgefordert, eine „Milderung der Gegensätze“ und Verringerung möglicher Nachteile zu befördern. <sup>66</sup>

Abbe war fest davon überzeugt, dass private Initiativen die gegenwärtigen Missstände mildern oder überwinden müssten, solange die Einführung der dafür notwendigen Gesetze versäumt werde. <sup>67</sup> Die Carl Zeiss-Stiftung weitete deshalb in den zwei Jahrzehnten vor dem Ausbruch des Krieges 1914 angesichts der zunehmend kritisch gesehenen Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse ihre Wirksamkeit aus, um auf die gesellschaftlichen Verhältnisse lenkend einzuwirken. Wohnungen, soziale Einrichtungen und schließlich ein „Volkshaus“ wurden errichtet, das auch der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt wurde und erklärt, weshalb Jena dreimal einen sozialdemokratischen Parteitag erlebte. Abbe lehnte die Sozialdemokratie zwar entschieden ab, wollte sie aber nicht durch Repression, sondern durch Aufklärung bekämpfen, zumindest zurückdrängen. Auch insofern war er ein typischer Linksliberaler.

Durch sein Beispiel hatte Abbe das Bürgertum veranlassen wollen, ähnliche Initiativen in Angriff zu nehmen. Zugleich galt es, durch die aus der Mitte der Gesellschaft kommenden Initiativen staatliches Handeln zu beeinflussen und auf soziale Probleme hinzuweisen, indem Möglichkeiten aufgezeigt wurden, soziale Fehlentwicklungen durch gesellschaftliches Engagement zu korrigieren, zumindest aber abzuschwächen. <sup>68</sup> Ein jährlich mit Jahresschlussrechnung

64 Ernst Abbe: Motive und Erläuterungen zum Entwurf eines Statuts der Carl Zeiss-Stiftung, Mai 1895. In: Ders.: Vorträge (wie Anm. 1), S. 351.

65 Ebd., S. 347.

66 Abbe: Soziale Forderungen Arbeiterschutz (wie Anm. 1), S. 37.

67 Abbe: Motive und Erläuterungen (wie Anm. 64), S. 364.

68 Vgl. ebd., S. 363 f.

ausgewiesener Unternehmensgewinn sollte nach Abzug der jährlichen Betriebskosten und der Bedienung eines Rücklagenfonds festgelegt werden und der Realisierung der „gemeinnützigen“ Zwecke der Stiftung dienen: der Förderung allgemeiner Interessen der feintechnischen Industrie, kommunaler Projekte zugunsten der Arbeiterschaft in Jena und Umgebung sowie der Unterstützung naturwissenschaftlicher und mathematischer Studien in Forschung und Lehre an der Universität Jena.<sup>69</sup> Diese allgemeinpolitischen Zwecke definierte Abbe im neuen Statut relativ unpräzise. Vermutlich wollte er deren Erfüllung der Stiftungsverwaltung überlassen. Mindestens die Hälfte der gesamten Fördersumme aber sollte den Wissenschaften zugutekommen.<sup>70</sup>

Die Modifizierung von Förderinhalten machte deutlich, dass mit dem fortentwickelten Stiftungskonzept der Schutz individueller Freiheitsrechte vergrößert und damit die freie Entfaltung aller Bürger inklusive der Arbeitnehmerschaft gefördert werden sollten. Ein ähnlicher Gedanke leitete Abbe beim Ergänzungsstatut von 1900, als er die Freiheit von Forschung und Lehre als Voraussetzung für eine umfangreichere Wissenschaftsförderung festlegte.<sup>71</sup>

Es kam in seinen Augen zunehmend darauf an, den sozialen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern und darüber hinaus den von ihm bedauerten, zugleich sehr klar gesehenen unerwünschten Folgen der Industrialisierung entgegenzuwirken. Mit der Ausweitung der großbetrieblichen Produktion verloren traditionelle Strukturen, die das „alte Handwerk“ geprägt hatten, im Laufe des 19. Jahrhunderts an Bedeutung. Die entscheidende Voraussetzung eines ebenso geregelten wie gewaltlosen Übergangs zu einer modernen Gesellschaft sah Abbe daher in der Erstarbung eines breiten Mittelstandes – nicht durch Umverteilung von Besitz sollte er entstehen, sondern durch Bildung, durch wissenschaftlichen Fortschritt und durch rechtliche Reformen. Die Carl Zeiss-Stiftung setzte sich deshalb für eine Verbesserung sozialer Aufstiegschancen der Jenaer Arbeiterschaft ein und wollte sie besser in die Stadtgesellschaft durch Beteiligung an öffentlichen Belangen integrieren. Abbe hielt es hingegen für undenkbar, sozialdemokratisch gesonnene Arbeiter zu disziplinieren. Dies bedeutete nicht, dass er zuweilen gewerkschaftliche Forderungen als persönlichen Angriff verstehen und entsprechend zurückweisen konnte.<sup>72</sup>

Die zielstrebig betriebene Wissenschaftsförderung zugunsten der Universität Jena rechtfertigte sich auch aus diesen Bestrebungen. Denn in den Augen

69 § 1, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 290.

70 § 107, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: ebd., S. 312. Siehe auch: § 100-109, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. In: ebd., S. 308-313.

71 § 56, Statut der Carl Zeiss-Stiftung. I: ebd., S. 287. § 10, Ergänzungsstatut zum Statut der Carl Zeiss-Stiftung, 24. Februar 1900 In: ebd., S. 326.

72 Vgl. zum Beispiel: SCHOTT Archiv, Nr. 5/43: Mitschrieb der Rede Ernst Abbes vor dem Arbeiterausschuss und den Beamten von Zeiss, 13. April 1904.

von Ernst Abbe ermöglichte der Fortschritt der Wissenschaften eine grundlegende und positive Veränderung der Gesellschaft. Damit wurden überkommene, obrigkeitlich geprägte Machtstrukturen relativiert oder sogar aufgebrochen, während die im Zuge der Stiftungsgründung und des Stiftungswirkens beeinflussten Rahmenbedingungen die Strukturen zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens und politisch-ethischer Verantwortung beeinflussten und in sich den Keim zur Korrektur des wilhelminischen Obrigkeitsstaats bewahrten.<sup>73</sup>

Zwar kam es im Vorfeld der Anerkennung der Statuten zur Auseinandersetzung um einzelne sozialreformerische Bestimmungen mit der großherzoglichen Regierung, doch Abbe blieb hartnäckig. Mit dem Sprichwort: „Eine fleißige Biene saugt auch aus der Distel Honig“,<sup>74</sup> verdeutlichte er seinen Standpunkt. Eine erneute Auseinandersetzung zwischen der Sachsen-Weimar-Eisenacher Regierung und Abbe begleitete die Überprüfung des Ergänzungstatutes durch die Verwaltung. Der zuständige Beamte akzeptierte Abbes Forderung nicht, die kompromisslose Verteidigung der Freiheit von Lehre und Forschung als Voraussetzung für weitere Förderung der Wissenschaften und der Universität Jena festzuschreiben – auch in dieser Hinsicht entpuppte sich der Beamte als ein Kind seiner Zeit, Abbe hingegen hielt als selbstbewusster Liberaler Forschungsfreiheit für unverzichtbar. Er verteidigte sie gerade unter dem Einfluss der Debatte über die Frage, ob dem Berliner Sozialdemokraten und Physiker Leo Arons die Lehrbefugnis entzogen werden dürfe.<sup>75</sup> Abbe und die Regierung einigten sich schließlich auf den Kompromiss, die Regelung solle für die akademischen Pflichten der Universitätsdozenten, nicht aber für deren private Belange gelten.<sup>76</sup>

Diese Kontroversen zeigen, dass Ernst Abbe mit seiner Stiftung staatlichen Versäumnissen eine Handlungsmöglichkeit entgegensetzen wollte und politisch wirkte, um seine eigenen Vorstellungen einer besseren Gesellschaft gegenüber der Staatsregierung festzuschreiben. Das Volkshaus schließlich, das größte Einzelprojekt, das Abbe mit der Stiftung anregte und das die kommunale Integration der Arbeiterschaft beabsichtigte, beherbergte nicht nur Veranstaltungsräume, sondern eine Lesehalle mit einer Bibliothek. Das Gebäude war im Jahr 1903 mit einem Kostenaufwand von fast einer Million Mark errichtet worden.<sup>77</sup> In diesem Projekt offenbart sich neben der sozialen Komponente Abbes Stiftungsziels sein Anspruch, nicht nur politisch auf Gesellschaft und

73 Demel: Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft (wie Anm. 1), S. 150 f, 532 f.

74 Ernst Abbe an Carl Rothe, 9. Juli 1896. In: Abbe: Werden und Wesen (wie Anm. 42), S. 267.

75 Vgl. Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918 Bd. 1 (wie Anm. 9), S. 575.

76 Vgl. SCHOTT Archiv, Nr. 5/57: Ernst Abbe an Max Vollert, 28. Oktober 1899. § 10, Ergänzungstatut zum Statut der Carl Zeiss-Stiftung, 24. Februar 1900. In: Abbe: Vorträge (wie Anm. 1), S. 326.

77 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 189: Bericht des Stiftungskommissars Vollert an das preußische Innenministerium, Oktober 1903.

Obrigkeitsstaat einzuwirken, sondern auch seine politische Toleranz zu demonstrieren. Auslöser für das Volkshausprojekt war die Behinderung politischer Aktivitäten der Arbeiterbewegung. Es war sowohl der örtlichen SPD als auch den Gewerkschaftsmitgliedern auch nach der Aufhebung der Sozialistengesetze nicht ohne Weiteres möglich, verlässlich Versammlungsräume für politische Veranstaltungen anzumieten. Abbe wollte dies nicht hinnehmen.<sup>78</sup> Für ihn waren Versammlungs- und Meinungsfreiheit unverzichtbar.

1897 schloss Abbe sogar einen Vertrag mit dem Jenaer Turnverein. Dieser stellte seine Turnhalle für Versammlungen der Firma Zeiss und gleichzeitig „allen hiesigen Vereinen, Corporationen und Einzelpersonen ohne Rücksicht auf die Parteistellung“<sup>79</sup> zur Verfügung. Ferner unterstützte die Carl Zeiss-Stiftung die Jenaer Lesehalle, ein Projekt der Jenaer Bürgerschaft, die 1895 einen Lesehallenverein gegründet hatte. Abbe sicherte durch seine Stiftung zu, für die Einrichtung und den kontinuierlichen Unterhalt aufzukommen – vorausgesetzt, dass der Verein bei der Literaturbeschaffung „strenge Parität gegenüber allen politischen, wirtschaftlichen, religiösen, litterarischen Parteien dauernd gewährleistet“.<sup>80</sup> Konservative Kreise des Bürgertums und das Kultusministerium befürchteten, mit dieser Regelung vor allem eine Agitationsplattform für die Sozialdemokratie zu schaffen.<sup>81</sup> Dies entsprach aber nicht der Meinung der Mehrheit der Bürger, die daher für ein Engagement der Stiftung votierten. Bis 1900 wandte die Stiftung etwa 48.000 Mark für die Lesehalle auf.<sup>82</sup>

Politisch motivierten Widerspruch artikulierte 1899 der Jenaer Oberbürgermeister Heinrich Singer, der bereits die Vereinbarung mit dem Turnverein kritisch kommentiert hatte.<sup>83</sup> Er beklagte, dass „in unserem Jena eine größere jährliche Zuwendung aus einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Stiftung davon abhängig gemacht worden [ist], daß auch sozialdemokratische Werke und Zeitungen in der Lesehalle ausliegen.“<sup>84</sup> Abbe sah darin einen erneuten Affront. Denn Singer stellte sich nicht nur dem Ziel entgegen, dem Abbe mit

78 Vgl. Abbe: Beschränkung der Versammlungsfreiheit (wie Anm. 24), S. 170-202.

79 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 44: Ernst Abbe an den Vorstand des Turnvereins Jena, 14. Juli 1897.

80 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 20484: Die Errichtung einer öffentlichen Lesehalle, Pressebericht, Jenaer Volksblatt, 20. Dezember 1895.

81 Genehmigung der Volkslesehalle in Jena durch die Stiftungsverwaltung in Weimar, 20. Januar 1896. In: Flitner/Wittig: Technik – Optik – Soziale Kultur (wie Anm. 22), S. 540.

82 SCHOTT Archiv, Nr. 5/66: Zusammenstellung der Verwilligungen aus der Carl Zeiss-Stiftung seit 1. April 1886, 24. November 1900.

83 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 44: Heinrich Singer an Ernst Abbe, 22. Juli 1897 (Weiterleitung des Ministerialreskripts vom 16. Juli 1897).

84 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 43: Lokales, Jenaer Volksblatt, 19. Juli 1899 (Wiedergabe der am Vortrag in der Jenaischen Zeitung erschienenen Erklärung des Oberbürgermeisters Heinrich Singer über den Wortlaut seiner Aussage auf dem Thüringischen Städte-tag).

dem Versammlungssaal und der Lesehalle begegnen wollte: einem freiheitlichen, nicht durch Repression gekennzeichneten Umgang mit der Arbeiterschaft und ihrer politischen Bewegung. Zum anderen empfand er die Behauptung Singers, die Carl Zeiss-Stiftung stünde durch die Verwaltung von Beamten des Staatsministeriums unter einer besonderen Staatsaufsicht, als eine Gefährdung der Stiftungsautonomie, die er gerade durch die staatliche Seite gefestigt sehen wollte. In einem privaten Briefwechsel, aber auch im öffentlichen Streit, der in zwei Jenaer Tageszeitungen ausgefochten wurde, drohte Abbe, Singer mit einer Klage zu konfrontieren, sollte er weiter seine falschen Behauptungen verbreiten.<sup>85</sup>

Die öffentliche Kritik und der Widerstand gegen die Stiftungsprojekte verstärkten ihn darin, seine Ziele noch hartnäckiger und entschiedener zu verfolgen. Noch Ende 1899 fasste die Stiftung deshalb, vielleicht auch als Reaktion auf in Abbes Sicht unangemessene Beeinflussungsversuche, den Plan, das „Volksbildungshaus“<sup>86</sup> zu errichten. In seinem Konzept spiegelte sich noch einmal, was für Abbes Entwicklung bestimmend war: Befriedigung des Wissensdurstes, Bildungsmöglichkeiten, freier Austausch von Gedanken und Meinungen. So fand sich neben der Lesehalle, der Bibliothek und dem Schäfer'schen Instrumentenmuseum zusätzlich ein Konzert- und Versammlungssaal in dem Neubau.

## VII.

Abbes Ziele mussten nicht nur gegenüber dem Sachsen-Weimar-Eisenacher Staatsministerium durchgesetzt werden, sondern sie stießen durchaus auch im Jenaer Bürgertum auf Widerspruch. Zu ungewöhnlich war Abbes Verhaltensweise. Nicht einmal Sozialdemokraten verstanden seine Bemühungen und taten sich schwer, Abbes Stiftungsinitiative unvoreingenommen zu bewerten.<sup>87</sup> Handelte er selbstlos, gar altruistisch? Oder hatte er durch die Bindung der Beschäftigten an den Betrieb vor allem im Auge, hochqualifizierte Arbeitskräfte für seine Unternehmen zu halten. Konnte er die Folgen seiner Vorausverpflichtungen überschauen? Oder riskierte er zu leichtfertig die Gefahr, dass die Unternehmungen aus den Verpflichtungen Leistungsversprechen übernehmen mussten, die möglicherweise irgendwann sowohl die Stiftung wie auch die Unternehmen gefährdeten?

85 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 43: Carl Zeiss-Stiftung contra Oberbürgermeister Singer, Jenaer Volksblatt, 27. August 1899.

86 SCHOTT Archiv, Nr. 5/66: Sitzungsprotokoll der Geschäftsleitung Zeiss, 2. Dezember 1899.

87 Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 24: Hermann Leber: Ernst Abbe als Arbeiterfreund und Sozialpolitiker, in: Das Volk, 14. Januar 1930.

Abbe selbst war als Linksliberaler, als „Freisinniger“ bereit, öffentlich für seine Ideale und Ziele einzutreten. Er machte sich und damit auch anderen gesellschaftliche Entwicklungszusammenhänge bewusst und legte auf seine Weise ein durchaus praktisches Bekenntnis zu jenem freiheitlichen Gesellschaftsideal ab, das dann eineinhalb Jahrzehnte nach seinem Tod die Weimarer Verfassung mit ihrem Bekenntnis zum politischen Pluralismus prägte. Durch die Integration der Arbeiterschaft in die Jenaer Stadtgesellschaft und in seine Unternehmungen erhoffte sich Abbe, dass sich ein gegenseitiges Verständnis unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ausbildete. Er verkörpert einen sowohl programmatisch wie auch pragmatisch zukunftsfähigen Liberalismus der gesellschaftlichen Verantwortung, der in den politischen Auseinandersetzungen der Kriegszeit, der Konflikte der Weimarer Republik und der Diffamierung des Liberalismus in den beiden deutschen Diktaturen aufgerieben wurde.

